

19. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

4./5. Mai 2002, Wiesbaden, Rhein-Main-Hallen

Beschluss: Für Perspektiven einer friedlichen Koexistenz in Nahost

Die dramatische und hochgefährliche Eskalation der Gewalt im Nahen Osten zeigt, dass es keine Alternative zu einer Rückkehr an den Verhandlungstisch und zum Friedensprozess gibt. Hass und Verzweiflung, Angst und Wut zerstören täglich auf beiden Seiten das Leben und die Lebensgrundlagen unzähliger unschuldiger Menschen. Die tiefen Narben der gewalttätigen Auseinandersetzungen haben das gegenseitige Vertrauen völlig zerrüttet und bislang jeden neuen Ansatz für eine friedliche Lösung zum Scheitern gebracht.

Der Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt im Nahen Osten macht ebenso klar, dass weder die israelische Regierung noch die palästinensische Führung in der Lage sind, ohne Hilfe von dritter Seite zu einer ernsthaften Suche nach einer politischen Lösung des Konfliktes zurückzukehren.

Die Hoffnung auf ein Ende der Gewalt ist dann gegeben, wenn es gelingt, für beide Völker in der Region die politische Perspektive einer friedlichen Koexistenz zu eröffnen. Die Israelis haben einen Anspruch auf ein angstfreies Leben in gesicherten Grenzen. Die Palästinenser erheben zu Recht den Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben in einem lebensfähigen Staat, der in Frieden und Sicherheit neben Israel existiert. Deshalb wird sich die Hoffnung auf eine dauerhafte friedliche Regelung nur realisieren lassen, wenn in Gesprächen und Verhandlungen neben der Forderung nach glaubhaften Anstrengungen der palästinensischen Autonomiebehörde zur Verhinderung terroristischer Aktivitäten und nach unmissverständlicher Verurteilung des Terrors auch das Ende der israelischen Besatzung, die Räumung von Siedlungen in den besetzten Gebieten und die Schaffung eines palästinensischen Staates thematisiert werden. Für Israel ist ein Ende von Terror und Gewalt und eine Anerkennung seines Existenzrechtes in Frieden und sicheren Grenzen als Staat unverzichtbar. Für die Palästinenser ein Ende der Okkupation und die Gründung eines eigenen souveränen Staates in den Grenzen von 1967.

Bündnis 90/Die Grünen bekräftigen deshalb

- ihre seit langem erhobene Forderung nach Schaffung eines lebensfähigen und unabhängigen palästinensischen Staates;
- ihre Forderung nach Garantie des Existenzrechtes Israels in gesicherten Grenzen;
- ihre Überzeugung, dass nur eine politische Lösung des Nahost-Konflikts und die gegenseitige Anerkennung beider Staaten eine friedliche Koexistenz beider Völker

in Frieden und Freiheit sichern kann.

Wir verurteilen die palästinensischen Terroranschläge, die in keiner Weise zu rechtfertigen sind. Wir verurteilen ebenfalls die militärischen Aktionen der israelischen Seite. Sie verstoßen gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, sie führen zu zahlreichen Opfern unter der palästinensischen Zivilbevölkerung und richten schwere Zerstörungen lebensnotwendiger Einrichtungen an. Wir stellen fest, dass Menschenrechte auf beiden Seiten in eklatanter Weise verletzt werden. Beide Konfliktparteien fordern wir auf, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, um den Ursachen der Eskalationsspirale entgegenzuwirken.

Wir begrüßen, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mehrfach unmissverständliche Forderungen an beide Seiten gestellt hat. Wir unterstützen die Resolutionen 1397, 1402 und 1403 des UN-Sicherheitsrates und fordern die Konfliktparteien auf, diese unverzüglich umzusetzen. Der sofortige Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten, der Abbau von Siedlungen, die unmissverständliche Absage an Terror und Gewalt sowie die gegenseitige Anerkennung sind nach unserer Überzeugung zentrale Elemente des zu initiiierenden politischen Prozesses.

Wir begrüßen die Überlegungen des deutschen Außenministers, die trotz der schwierigen Lage einen abermaligen Vorstoß für eine friedliche Konfliktregelung darstellen. Wir messen der Idee, die Proklamation eines palästinensischen Staates, den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und den sukzessiven Abbau von Siedlungen an den Anfang und nicht erst ans Ende eines politischen Prozesses zu stellen, hohe Bedeutung zu. Wir unterstützen ebenso die Forderung nach einer internationalen Konferenz, in die Friedensbemühungen eingebettet sind und die internationale Garantien übernimmt. In den Vorschlägen des Außenministers werden das Ziel des Friedensprozesses, nämlich die Existenz zweier Staaten – Israel und Palästina – in Frieden, sicheren Grenzen und Freiheit ebenso benannt wie ein verbindlicher Zeitplan sowie die Garantie der Umsetzung durch ein "Quartett" internationaler Akteure – bestehend aus den USA und der EU, Russland und der UN. Dieses Quartett soll die unverzichtbaren Eckpunkte, die den Konfliktparteien den Weg zu Frieden und Sicherheit eröffnen, überwachen und damit Verantwortung für den Friedensprozess übernehmen. Die Vorschläge sichern somit eine kontinuierliche Einwirkung von außen und machen deutlich, dass mehr als Vermittlungsaktivitäten der internationalen Gemeinschaft notwendig sind.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass auch die arabische Seite mit ihrem auf Beiruter Gipfel der Arabischen Liga beschlossenen Angebot einer vollen Normalisierung der Beziehungen mit Israel nach einer umfassenden Friedensregelung in bislang nicht geäußelter Deutlichkeit eine friedliche Nachbarschaft in der Region in Aussicht gestellt hat.

Mit besonderer Sorge sehen wir die humanitäre Situation in den besetzten Gebieten. Unabhängig vom Beginn politischer Verhandlungen muss sofort die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Lebensmitteln und die medizinische Leistungen gesichert werden. Die ungehinderte Bewegungsfreiheit für humanitäre Organisationen muss ebenso gewährleistet sein wie der freie Zugang für Presse- und MedienvertreterInnen.

Die ernstzunehmenden Vorwürfe gravierender Menschenrechtsverletzungen besonders in Dschenin machen es notwendig, dass diesen von einer unabhängigen Untersuchungskommission nachgegangen wird. Wir unterstützen nachdrücklich trotz der Ablehnung einer UN-Kommission (UN-Sicherheitsratsresolution 1405) durch Israel, alle Bemühungen zur Untersuchung dieser Vorwürfe in den besetzten Gebieten.

Wir sehen die grosse Gefahr, dass durch Waffenlieferungen in dieses Krisengebiet der gewaltförmige Konflikt noch angestachelt wird. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung

sich diesbezüglich in der jetzigen Situation zurückhaltend gezeigt hat. Wir wollen keine Absage an die traditionelle Solidarität mit dem Existenzrecht des Staates Israel, aber wir wollen auch nicht, dass Unterstützung für den Staat Israel benutzt werden kann, um weiter in den besetzten Gebieten gegen die Palästinenser vorzugehen.

Wir verurteilen jene Kräfte, die bereits in der Vergangenheit auf beiden Seiten des Konflikts immer wieder auf Konfrontation gesetzt haben und sich auch jetzt einer politischen Lösung verschließen. Wir kritisieren aktuell, dass die Regierung Scharon von der palästinensischen Seite die konsequente Bekämpfung des Terrorismus fordert, gleichzeitig aber deren Institutionen weitestgehend zerstört und die Siedlungspolitik fortführt. Wir solidarisieren uns mit den friedenswilligen und dialogbereiten Kräften, die auch jetzt noch unter Inkaufnahme persönlicher Gefährdungen ihre Stimme für die politische Vernunft erheben. Wir fühlen uns solidarisch mit dem Friedenslager auf beiden Seiten dieses Konflikts verbunden. Ihm gilt unsere ganze Unterstützung.

Selbstverständlich steht das Handeln jeder Regierung in der Kritik – das gilt auch für Israel. Mit Erschrecken nehmen wir jedoch zur Kenntnis, dass der aktuelle Konflikt in der Bundesrepublik innenpolitisch instrumentalisiert wird. Mit Bestürzung beobachten wir, dass sich in die berechtigte Kritik des israelischen Vorgehens zunehmend antisemitische Untertöne mischen. Wir wenden uns dagegen, dass legitime Kritik zum Anlass genommen wird, das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen oder Terror gegen Israelis zu legitimieren. Kritik darf nicht antisemitische Vorurteile bedienen. Dazu gehört auch Israels Politik einerseits und nationalsozialistische Verbrechen andererseits gleichzusetzen.

Wir sind auch äußerst besorgt über immer häufiger auftretende spontane oder organisierte Gewalttaten und Drohungen gegen Juden bzw. jüdische oder israelische Einrichtungen im Zusammenhang mit der eskalierenden Gewalt im Nahen Osten. Wir alle sind aufgefordert, gegen derartige inakzeptable Angriffe entschlossen und couragiert einzuschreiten. Wir treten jeder innenpolitischen Instrumentalisierung des Nahostkonfliktes, der auf dem Rücken unserer jüdischen Bürgerinnen und Bürger ausgetragen wird und antisemitische Ressentiments schürt, entschieden entgegen. Ihnen und der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland sprechen wir unsere Solidarität aus.